

Unterstützung und weiterführende Infos



Thomas Ginsburg (2018):

Die Reise ins Reich. Unter Reichsbürgern. Das neue Berlin Verlag.

Jan Rathje (2017):

Reichsbürger, Selbstverwalter und Souveränisten. Vom Wahn des bedrohten Deutschen. Unrast Verlag.

Andreas Speit (2017):

Reichsbürger. Die unterschätzte Gefahr. Ch Links Verlag.

Der Goldene Aluhut:

Der Reichsbürger Leitfaden. Ist Deutschland souverän? Reichsbürger und ihre Thesen.

www.dergoldenealuhut.de/politik/reichsbuergerleitfaden

Amadeu Antonio Stiftung:

„Reichsbürger und Souveränisten“ Basiswissen und Handlungsstrategien.

www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/reichsbuerger-und-souveraenisten

Der Autor **Benjamin Winkler**

ist Soziologe und arbeitet als Fachreferent für die Amadeu Antonio Stiftung.

Er beschäftigt sich mit Reichs- und Verschwörungsideologie und ist als Dozent, Trainer und Berater tätig.

Kontakt

Mobile Beratung Niedersachsen

gegen Rechtsextremismus für Demokratie

Web: www.mbt-niedersachsen.de

E-Mail: info@mbt-niedersachsen.de

Twitter: @MBTnds



Für Sie in der Region

Regionalbüro Nord/West in Oldenburg (Oldb.)

E-Mail: nordwest@mbt-niedersachsen.de

Telefon: 0157 328 835 89

Regionalbüro Nord/Ost in Verden (Aller)

E-Mail: nordost@mbt-niedersachsen.de

Telefon: 0152 213 590 11

Regionalbüro Süd in Hildesheim

E-Mail: sued@mbt-niedersachsen.de

Telefon: 0152 034 314 29

Die Mobile Beratung Niedersachsen gegen
Rechtsextremismus für Demokratie informiert:

REICHS BÜRGER

Träger:

WABE e.V.

Holzmarkt 15

27283 Verden (Aller)



Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*



Landespräventionsrat
Niedersachsen



Landes-Demokratiezentrum
Niedersachsen

Niedersachsen

Mobile Beratung
gegen Rechtsextremismus

für Demokratie

Seit den 1980er Jahren gibt es in Deutschland Personen und Gruppen, welche es zu ihrem Geschäft gemacht haben, den Staat nicht anzuerkennen, Widerstand oder Sabotage gegen seine Behörden zu leisten und eigene (Klein-)Staaten zu gründen. Sie geraten dabei immer wieder in den Konflikt mit Behörden und Polizei. 2016 kommt es an zwei unterschiedlichen Orten zu schweren Gewalttaten aus dem Milieu. In Reuden/Sachsen-Anhalt und Georgensgmünd werden Polizist*innen im Einsatz schwer verwundet beziehungsweise getötet. Seit diesen Ereignissen werden Reichsbürger und Souveränist*innen als eigenständiger Phänomenbereich durch die Verfassungsschutzbehörden erfasst und beobachtet. Warnungen vor der Gefährlichkeit des Milieus gab es auch vor 2016, beispielsweise von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus.



Die hinter den Gruppen stehende Ideologie reicht allerdings weiter zurück. Unmittelbar nach dem Kriegsende 1945 gab es vonseiten der übriggebliebenen extremen Rechten Zweifel an der rechtmäßigen Besetzung Deutschlands. Aus diesen Kreisen wurde weder die Gründung der Bundesrepublik Deutschland noch die der Deutschen Demokratischen Republik 1949 als legitim erachtet. Zugleich schürten erste Personen Zweifel an der Staatlichkeit der Bundesrepublik. Der ehemalige Schüler einer „Nationalpolitischen Erziehungsanstalt“ und späterer Rechtsextremist in der jungen Bundesrepublik, Manfred Röder, war der erste, der aus dem Zweifel politisches Handeln formte. Nach einem obskuren Briefwechsel mit dem ehemaligen Großadmiral Karl Dönitz und einem falsch interpretierten Urteil des Bundesverfassungsgericht 1973, rief Röder zum so genannten Reichstag zu Flensburg auf und erklärte sich kurzerhand als „Reichsverweser“. Röder begründete hiermit eine Vorgehensweise, welche bis heute von verschiedenen Reichsbürger-Vereinigungen aufgegriffen wurde.

Wolfgang Ebel (Berlin) und Norbert Schittke (Hildesheim) gründeten in den 1980er Jahren beziehungsweise 2000er Jahren Organisationen, welche sich als angebliche Reichsregierungen ausgaben¹. Zum Wesen dieser Organisationen wurde das Erstellen von falschen Dokumenten, das Richten von Drohschreiben an Behörden oder das Schulen von Anhänger*innen und Sympathisant*innen. Gleichwohl in der Szene bis heute weder ideologische noch strukturelle Einigkeit herrschte, kopierten und verbesserten über die Jahre immer wieder neue Vereinigungen die Praktiken von Ebel und Schittke. Das Milieu umfasst heute laut Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz ca. 19000 Personen in Deutschland und ca. 1300 in Niedersachsen. Darunter fallen sowohl dutzende Einzelaktivist*innen als auch kleine und größere Gruppen. Einig ist sich das Milieu nach wie vor in der Ablehnung der Staatlichkeit der Bundesrepublik. Expert*innen gehen allerdings davon aus, dass weiterhin antisemitische Verschwörungsideologien zum ideologischen Kitt gehören. Hieß es noch bei Röder oder Ebel, dass anstelle der Bundesrepublik das Deutsche Reich zu errichten sei, propagiert man heute die fehlende Souveränität Deutschlands und die Kontrolle des Landes durch eine fremde Macht im Hintergrund. Insbesondere Milieumanager wie Schittke sahen in dieser fremden Macht Jüdinnen und Juden.

¹ Gemeint sind hier die sog. *Kommissarische Reichsregierung* (KRR), welche von Wolfgang Ebel 1985 und die sog. *Exilregierung Deutsches Reich*, welche von Norbert Schittke 2004 gegründet wurde.

Unabhängig von diesen Gemeinsamkeiten erstreckt sich das Milieu heute in verschiedene andere Szenen und Milieus. Personelle und ideologische Schnittmengen bestehen mit der Gruppe der völkischen Siedler*innen, insbesondere aufgrund der rassistischen und antisemitischen Grundausrichtung. Szene-Berühmtheiten wie Rüdiger Hoffmann von der Gruppierung staatenlos zeigen unterdessen, dass nicht wenige der Angehörigen aus der rechtsextremen Szene stammen. Der „Druide“ Burghard Bangert („Burgos von Buchonia“) veranschaulicht, wie sehr esoterische, heidnische und rechtsextreme Inhalte miteinander verwoben sind. Zentrale Gedanken und Behauptungen des reichsideologischen Milieus sind zudem fester Bestandteil diverser Print- und Online-Medien, die von einem breiten Spektrum gelesen und geteilt werden. Hierzu zählen vor allem die Falsch-Behauptungen, dass Deutschland kein souveränes Land sei oder dass Deutschland keinen Friedensvertrag habe. Demonstrationen wie der „Friedenswinter“ (2014) oder die Anti-Corona-Politik-Proteste (2020) illustrieren die Popularität dieser Inhalte und die Fähigkeit hiermit jenseits der klassischen politischen Lager „links“ und „rechts“ zu mobilisieren.